

Zeitschrift: Mitteilungsblatt für die Schweizer im Fürstentum Liechtenstein
Herausgeber: Schweizer-Verein im Fürstentum Liechtenstein
Band: - (1963)
Heft: 3: Spezialausgabe anlässlich des 41. Auslandschweizertages in St. Moritz vom 16.-18. August 1963

Artikel: "Die Selbstbehauptung der Schweiz in der Welt von heute und morgen : was können die Auslandschweizer dazu beitragen?"
Autor: Weber, M.
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-937918>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 15.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

"Die Selbstbehauptung der Schweiz in der Welt von heute und morgen -

Was können die Auslandschweizer dazu beitragen?

Ansprache von Nationalrat Prof. Dr. M. Weber, alt Bundesrat
anlässlich des Auslandschweizertag St. Moritz, 16 - 18. 8. 1963

An der Feier des 1. August letztthin haben wir uns wieder die besondere Rolle der Schweiz in der Vergangenheit in Erinnerung gerufen. Und immer wenn wir uns vergewissern, wie unsere Eidgenossenschaft sich aus den kleinen Demokratien am Vierwaldstättersee entwickelt hat, wie sie gewachsen ist bis zur heutigen Ausdehnung, die eine einzigartige Mannigfaltigkeit von Naturschönheiten und eine glückliche Verbindung von Volksgruppen mit vier Sprachen darstellt, wenn wir daran denken, dass unser Land von zwei Weltkriegen verschont geblieben ist, so erfüllt uns ein Gefühl tiefer Dankbarkeit. Aber sogleich taucht die Frage auf: Kann unser Land auch fernerhin mit seinen Besonderheiten bestehen? Hat die Schweiz als Kleinstaat Existenzberechtigung im Europa von heute und morgen?

Die Rolle des Kleinstaates ist schon oft beschrieben und verteidigt worden. Doch es hat den Anschein, als ob der Kleinstaat aus der Mode gekommen sei. Grosse und immer grössere Wirtschaftseinheiten bilden sich; Zollunionen, Freihandelszonen entstehen, nicht nur in Europa, auch in Lateinamerika. Pläne für politische Unionen werden geschmiedet, von der Form einer losen Staatenföderation, dem "Europe des patries", bis zu einem Bundesstaat, den "Vereinigten Staaten von Europa". Integration ist Trumpf.

Unzweifelhaft hat die moderne Technik und besonders die Revolutionierung des Verkehrswesen auf der Strasse, auf der Schiene und in der Luft die Völker einander näher gebracht. Die Welt ist kleiner geworden, und die vielen Landesgrenzen in Europa scheinen überholt zu sein. Und dennoch müssen wir uns ernsthaft überlegen, welche Rolle der Schweiz in einem integrierten Europa zukommt.

Wir haben zwischen wirtschaftlicher und politischer Integration zu unterscheiden. Der Bundesrat hat mit Zustimmung des Parlaments entschieden: wirtschaftliche Integration ja, unter gewissen Vorbehalten in bezug auf Landwirtschaft und ausländische Arbeiter. Politische Integration nein, da sie unsere Unabhängigkeit und Neutralität beeinträchtigen würde. Wirtschaftliche Integration heisst Weltoffenheit in den wirtschaftlichen Beziehungen, Arbeitsteilung über die politischen Grenzen hinweg. Wirtschaftliche Integration heisst möglichst freier Waren-, Personen-, Dienstleistungs- und Kapitalverkehr, m. a. W. das Gegenteil von Abschliessung, von Autarkie.

In diesem Sinne hat die Schweiz ihre Volkswirtschaft in die Weltwirtschaft integriert lange bevor das Modewort Integration benutzt wurde. Ohne enge Wirtschaftsbeziehungen mit der übrigen Welt wäre die Schweiz nicht das geworden, was sie heute ist, nämlich das Land mit dem neben Schweden höchsten Volkseinkommen in Europa pro Kopf der Bevölkerung. Das setzt ja die Ausländer immer in Erstaunen, dass ein Land ohne Rohstoffe, ohne Zugang zum Meer, ein Bergland mit einem Viertel unfruchtbarer Bodenfläche, zu den höchst entwickelten Volkswirtschaften gehört. Wenn man den Ausdruck "Wirtschaftswunder" verwenden will, dann ist die Schweiz ein Wirtschaftswunder. Diese erstaunliche Entwicklung ist der engen Verflechtung mit der Weltwirtschaft zu verdanken, die die Schweiz seit Jahrhunderten gepflegt hat.

Ich will keine Wirtschaftsgeschichte vortragen, aber doch mit ein paar Stichworten auf die Ursachen des heutigen Wohlstandes hinweisen. Die Schweiz hat schon im Mittelalter Seiden- und Baumwollgewebe exportiert. Sie hat durch die Reisläufer wertvolle Beziehungen mit dem Ausland angeknüpft. Sie hat politische und vor allem Glaubensflüchtlinge aufgenommen im 16. und 17. Jahrhundert, was wesentlich zur Befruchtung der Wirtschaft beigetragen hat. Auch die Kapitalverflechtung mit dem Ausland ist viel älter, als man glaubt. Adam Smith erwähnt in seinem berühmten Werk von 1776 über den Reichtum der Nationen, der Kanton Bern habe seinen Staatsschatz zum Teil im Ausland angelegt. Also der Waren-, Personen- und Kapitalverkehr über die Grenzen war schon sehr früh entwickelt.

Diese internationalen Wirtschaftsbeziehungen sind in den letzten Jahrzehnten stark ausgebaut worden, und heute kann man die Schweiz als das am stärksten integrierte Land der Welt bezeichnen. Damit meine ich natürlich die faktische Integration im Gegensatz zur funktionellen Integrations - so bezeichnet man den Abbau der Handelsschranken (Zölle und Einfuhrbeschränkungen) - und zur institutionellen Integration mit Schaffung gemeinsamer Einrichtungen, die das grosse Anliegen der EWG ist.

Zuerst ein paar Angaben über den Warenverkehr: Der Schweizer ist der beste Käufer der Welt. Pro Kopf importierte die Schweiz in den letzten Jahren mehr als Holland und Belgien-Luxemburg, die im 2. und 3. Rang stehen, mehr als das Doppelte von Deutschland. Mit dem Exportwert pro Kopf steht Belgien zwar knapp vor der Schweiz, doch bei einem 90prozentigen Anteil der Fabrikatausfuhr ist der Arbeitswert unseres Exports wahrscheinlich höher. Mit der Ausfuhr nach dem europäischen Raum steht die Schweiz hinter Benelux und Schweden zurück, dagegen hat sie den grössten Exportwert aufzuweisen (immer pro Kopf gerechnet) im Verkehr mit Uebersee. Im Export nach Lateinamerika und Asien steht sie an erster Stelle, während sie im Handel mit den afrikanischen Staaten von den ehemaligen Kolonialstaaten und mit der Ausfuhr nach Nordamerika von Belgien übertroffen wird; ferner ist der Engländer be- greiflicherweise der grössere Exporteur nach Australien.

Ueberraschend ist die Tatsache, dass die Schweiz für alle EWG-Länder den besten Absatzmarkt darstellt; Wenn man nämlich die Einfuhr aus dem gemeinsamen Markt pro Kopf ausrechnet, so überrundet die Schweiz alle EWG-Partner. Der Schweizer bezieht aus Italien, Benelux und Deutschland fünfmal soviel wie der Franzose. Er kauft aus dem übrigen EWG-Raum 2¹/₂mal soviel wie die Bundesrepublik. Die Schweiz gesamthaft - also jetzt nicht pro Kopf - nimmt Italien beinahe soviel Waren ab wie Frankreich mit 8mal soviel Einwohnern. Im letzten Jahre importierte unser Land doppelt soviel aus dem Gemeinsamen Markt wie es dorthin exportierte, nämlich für 8,2 Milliarden gegen 4,0 Milliarden Franken. Es lieferte m. a. W. der EWG im Warenverkehr 4,2 Milliarden Franken Devisen. Angesichts dieser Tatsachen muten die Vorwürfe, die wir gelegentlich von Vertretern des Gemeinsamen Marktes entgegennehmen mussten, die Schweiz wolle durch eine Assoziierung nur profitieren und selber keine Verpflichtungen übernehmen, eigenartig an. Seitdem wir im Europarat mitmachen, konnten wir solchen Aeusserungen unter Darlegung der wirklichen Verhältnisse wirksam entgegentreten.

Nun wird manchmal so argumentiert: Gewiss liefert uns die Schweiz durch ihre Warenbezüge Devisen, aber sie nimmt sie uns wieder ab im Dienstleistungsverkehr. Richtig ist, dass unser Land das Defizit der Handelsbilanz normalerweise durch Aktivüberschüsse im Dienstleistungsverkehr und beim Ertrag der Kapitalanlagen kompensiert. In den beiden letzten Jahren ist das zwar nicht gelungen, da der Importüberschuss ausserordentlich gross war, und die Ertragsbilanz schloss mit einem hohen Passivenüberschuss ab, während wir im Durchschnitt der Jahre einen Aktivüberschuss von einigen hundert Millionen erzielen. Es ist aber ja der Sinn der Integration, dass jedes Land die Leistungen erbringt, für die es am besten geeignet ist.

Ein Gebiet, auf dem die Schweiz mehr Leistungen darbietet, als sie vom Ausland entgegennimmt, ist der Tourismus. Sie ist das Fremdenverkehrsland par excellence. Aber auch hier ist der Verkehr gerade mit dem Gemeinsamen Markt nicht so einseitig, wie man annehmen könnte. Nach einer Statistik der OECE verbrachten die Schweizer in Italien doppelt soviele Logiernächte wie die Italiener in der Schweiz. Unser Land ist für den italienischen Fremdenverkehr beinahe so wichtig wie Frankreich, und in Frankreich übernachteten fast soviele Schweizer wie Italiener. Setzt man die Ausländereisen in Beziehung zur Bevölkerungszahl, so übertreffen die Schweizer sogar die Deutschen, denn auf 1000 Schweizer entfallen fast doppelt soviele Uebernachtungen in der Bundesrepublik wie Uebernachtungen von Deutschen in der Schweiz auf 1000 Deutsche.

Es gibt aber noch einen anderen Personenverkehr, der wertmässig sogar noch stärker ins Gewicht fällt als der Tourismus: Das ist die Ein- und Ausreise, um im fremden Lande zu arbeiten. Die Schweiz bietet heute mehr als 700'000 Ausländern Gelegenheit ihren Lebensunterhalt bei uns zu verdienen. Die intensive Tätigkeit unserer Volkswirtschaft wäre ohne die Fremdarbeiter gar nicht dankbar. Die Bedeutung dieses Faktors geht daraus hervor, dass der Verdienst dieser ausländischen Arbeitskräfte

auf 4 Milliarden und die Ersparnis, die sie in ihre Heimat - hauptsächlich nach Italien - senden auf 1 1/4 Milliarden Franken geschätzt wird, was entsprechend beiträgt zum Defizit der Ertragsbilanz. Kein Land beschäftigt auch nur annähernd so viele Ausländer. In der Bundesrepublik arbeiten gegenwärtig etwa 700'000 Ausländer, also ungefähr gleich viel wie in der Schweiz bei einer zehnfachen Bevölkerungszahl. 34 % unserer Industriearbeiter sind Ausländer, in Deutschland 3 %. Nebenbei gesagt: Daraus können Sie ermessen, welche Auswirkungen die Bestimmungen des Römer Vertrages über die Freizügigkeit der Arbeitskräfte für unser Land hätten und weshalb wir sie nicht ohne Einschränkung annehmen könnten.

Dem ist die erwerbswirtschaftliche Tätigkeit der Schweizer im Ausland gegenüberzustellen, der Auslandschweizer, die Sie hier vertreten. Ihre Leistungen im Dienste unserer Volkswirtschaft werden nicht immer richtig gewürdigt, da sie zahlenmässig kaum zu erfassen sind. Und doch sind viele Leistungen der Schweiz von diesen Pionieren abhängig und werden durch sie befruchtet. Ich möchte den Auslandschweizern einmal als Volkswirtschaftler den verdienten Dank der Heimat aussprechen. Nach offiziellen Angaben sind rund 160'000 Schweizerbürger bei unseren Vertretungen im Ausland angemeldet, davon 55'000 in Uebersee. Weitere 108'000 sind Doppelbürger, die sich aber doch noch als Schweizer eintragen lassen, also mit der Heimat verbunden fühlen. Zusammen sind das 268'000 Schweizer oder 5 % der Heimatbevölkerung. Auch dieser Anteil dürfte nur von wenigen Ländern übertroffen werden. Auch das ist ein Beispiel für die hohe faktische Integration unseres Landes.

Lassen Sie mich noch kurz die Auslandbeziehungen auf einigen andern Gebieten erwähnen. Im Transitverkehr steht die Schweiz als Drehscheibe Europas an der Spitze. Auf ihn entfallen 20 % des Güterverkehrs der Bahnen. In Oesterreich sind es halb soviel; sogar Luxemburg hat nur 14 %. Der Transitverkehr hat in letzter Zeit einen derartigen Umfang angenommen, dass die Gotthardlinie verstopft wurde und Annahmesperren verhängt werden mussten. Auch im Transithandel sowie im internationalen Versicherungs- und Bankgeschäft betätigen sich schweizerische Unternehmungen intensiv.

Einen sehr grossen Umfang hat sodann der Kapitalverkehr mit dem Ausland. Das wichtigste Kapitalexportland ist unzweifelhaft die nordamerikanische Union. Nach einem allerdings etwas summarischen Vergleich betrug im Jahre 1961 der Kapitalexport der Schweiz in Anleiheform pro Kopf doppelt soviel wie jender der USA, und die gesamten Kapitalanlagen der Schweiz im Ausland werden auf 7000 Franken pro Einwohner geschätzt, die amerikanischen nur auf 1800 Franken. Noch eine letzte Zahl: Der Gesamtumsatz der schweizerischen Ertragsbilanz, also die Summe aller Leistungen an das Ausland und aller vom Ausland entgegengenommenen Leistungen wird für 1962 mit 31,7 Milliarden Franken angegeben. Das macht auf den Einwohner Fr. 5'600.--, ein Betrag, der kaum von einem anderen Lande übertroffen wird.

Diese Aufzählung erfolgte nicht, um die Leistungen der Schweiz herauszustreichen, sondern um zu zeigen, was an tatsächlicher Integration, an wirtschaftlicher Verflechtung mit der Weltwirtschaft sogar ohne Zollabbau, ohne supranationale Institutionen und ohne grossen Apparat erreicht werden kann. Ausserdem wollte ich in diesem Zusammenhang auf die wichtige Rolle der Auslandschweizer hinweisen.

Als sich einige Länder Europas zu einer Wirtschaftsgemeinschaft zusammenschlossen, um unter sich alle Handelshemmnisse zu beseitigen, hat sich die Schweiz ebenfalls dafür interessiert. Nachdem die Bildung einer grossen europäischen Freihandelszone gescheitert war, wurde unter aktiver Mitwirkung unserer Behörden die EFTA gegründet, eine losere Verbindung, die den Intentionen der Schweiz entsprach. Doch das Ziel bleibt die Schaffung eines gemeinsamen Marktes für die rund 300 Millionen Konsumenten im europäischen Raum ausserhalb des eisernen Vorhanges. Als Grossbritannien, Dänemark und Norwegen um Beitritt zur EWG nachsuchten, hat die Schweiz mit den beiden anderen Neutralen, Oesterreich und Schweden in Brüssel ein Gesuch um Assoziierung eingereicht. Dieses Gesuch hat nicht überall eine freundliche Aufnahme gefunden, auch in Amerika nicht. Es wurden Stimmen laut, unsere Neutralität sei überholt, wir könnten und müssten auch die politischen Ziele der EWG anerkennen. Eine offizielle Stellungnahme der Brüsseler Behörden ist freilich nie bekannt gegeben worden.

Nachdem die Verhandlungen der EWG mit Grossbritannien abgebrochen waren, sind auch die Gesuche der andern EFTA-Länder ad acta gelegt worden. Auch das Gesuch der Schweiz wurde nicht zurückgezogen. Es dürfte aber liegen bleiben, solange sich für die anderen Staaten der EFTA keine Anschlussmöglichkeit zeigt.

Inzwischen hat sich das Klima für die Fragen der Integration in unserem Lande gewandelt. Es ist eine Ernüchterung eingetreten. Der Beitritt zur EFTA und auch die Anmeldung in Brüssel waren seinerzeit im Parlament und auch von der öffentlichen Meinung mit erfreulicher Einmütigkeit gebilligt worden. Jetzt macht sich namentlich in Kreisen des Gewerbes und teilweise der Industrie eine Opposition bemerkbar, die sich gegen jeglichen Anschluss richtet, auch gegen die EFTA. Auf der anderen Seite gab es und gibt es heute noch eine kleine Gruppe, die den Anschluss als Vollmitglied an den Gemeinsamen Markt befürwortet.

Der Bundesrat hat m. E. den richtigen Weg eingeschlagen. Er hält den Anschluss an die funktionelle Integration durch Abbau der Zölle und Einfuhrbeschränkungen (EFTA) für notwendig und glaubt, auch gegenüber der institutionellen Integration (EWG) könne sich die Schweiz nicht ablehnend verhalten. Allerdings kommt eine Beteiligung nur mit wichtigen Vorbehalten in Frage: In wirtschaftlicher Hinsicht müssten für die Agrarpolitik sowie für die Freizügigkeit des Arbeitsmarktes Reserven angebracht werden. Ferner ist die Aufrechterhaltung der Neutralität für uns eine *conditio sine qua non*, und für ebenso wichtig halte ich die Forderung, dass unsere demokratischen Einrichtungen nicht eingeschränkt werden. Wenn diese fundamentalen Punkte nicht berücksichtigt wären, würde ein Assoziierungsabkommen in einer Volksabstimmung nicht angenommen werden, und ein solcher Vertrag müsste dem Referendum unterstellt werden.

Trotz aller Skepsis müssen wir die Frage stellen: Sollte wirklich der Schweiz als dem faktisch meist integrierten Lande der Welt die Teilnahme an der vertraglichen Integration Europas verunmöglicht werden?

Doch überlassen wir diese Sorge der Zukunft und befassen wir uns mit der Lage, wie sie sich seit dem 14. Januar ergeben hat. Unser Land wird nun durch den Zolltarif der EWG betroffen. Es sind allerhand Befürchtungen laut geworden über die Auswirkungen auf unsere Wirtschaft. Gewiss wird der Konkurrenzkampf für unsere Exportzweige schärfer werden. Doch unsere Volkswirtschaft ist in einer starken Position, sodass diese Diskriminierung erträglich sein wird. Es ist nicht zu übersehen, dass die Zölle nur ein Faktor sind im internationalen Wettbewerb. Es gibt andere Faktoren, die für uns günstig liegen. So hat die Schweiz eine niedrigere Steuerbelastung und ein niedrigeres Zinsniveau als die Länder des Gemeinsamen Marktes und vielleicht auch eine langsamer ansteigende Teuerung.

Damit will ich nicht sagen, dass wir ohne weiteres auf den Anschluss an die EWG verzichten können. Doch die Schweiz ist nicht gezwungen, diesen Anschluss um jeden Preis zu suchen, sondern sie wird diesen Schritt nur unternehmen, wenn er zu vernünftigen, d. h. der Lage unseres Landes Rechnung tragenden Bedingungen erfolgen kann.

Als die Schweiz im Mai letzthin als Vollmitglied des Europarates aufgenommen wurde, haben Delegierte aus zahlreichen Ländern ihr Lob gespendet, mehr als wir verdient haben. Man hat auch die Schweiz als ein Modell für Europa bezeichnet. Wir können nur wünschen, dass unsere Einrichtungen und unsere staatspolitischen Grundsätze als Vorbild für den Aufbau Europas genommen werden. Leider ist das gerade in den wichtigsten Punkten nicht der Fall. So fehlt in der EWG der demokratische Aufbau von unten nach oben. Wir erwarten ja nicht, dass unsere Referendumsdemokratie nachgeahmt werde. Aber das Parlament der EWG, das sich übrigens etwas kühn "europäisches Parlament" nennt, obschon nur 6 Staaten darin vertreten sind, ist ein blosses Konsultativorgan, das keine Entscheidungen treffen kann. Der Ministerrat ist Regierung und gesetzgebende Behörde zugleich.

Ein zweiter Punkt, in dem es, wie ich glaube, für die EWG von Vorteil wäre, aus den schweizerischen Erfahrungen zu lernen, ist der Föderalismus (Föderalismus im schweizerischen Sinn verstanden). Die Integration der Schweiz im Jahre 1848 wäre nicht zustande gekommen, wenn wir nicht den Kantonen, ob gross oder klein, in zwei wichtigen, ja entscheidenden Institutionen die Gleichberechtigung zugestanden hätten:

1. bei der Revision der Bundesverfassung, die nur möglich ist, wenn die Mehrheit der Kantone zustimmt.
2. der Ständerat, wo jeder Kanton gleich viel Vertreter hat, was bedeutet, dass kein Gesetz ohne Zustimmung der Mehrheit der Kantonsvertreter beschlossen werden kann. Eine solche Gleichberechtigung der Mitgliedstaaten fehlt in den Organen des Römer Vertrags.

Im Ministerrat wie im Parlament haben die grossen Staaten eine grössere Zahl von Vertretern als die kleinen.

Es ist noch ein dritter Punkt, der uns nicht befriedigt oder doch Bedenken einflöst für die Zukunft. Das sind die Tendenzen auf Selbstversorgung und Abschliessung bzw. auf Schutz des Gemeinsamen Marktes gegen aussen. Zwar gehen die Meinungen hierüber in den EWG-Behörden auseinander. Die Mehrheit scheint sich eher zu einer liberalen Politik zu bekennen. Doch bis jetzt hatten die entgegengesetzten Tendenzen die Oberhand, und die Gefahr, dass sie durch Produktionsüberschüsse besonders im Agrarsektor begünstigt werden, ist nicht von der Hand zu weisen. Für die Schweiz würde aber eine autarkische Politik - die wir ja leider in einigen Sektoren der Landwirtschaftspolitik ebenfalls befolgen müssen - die weltweiten Handelsbeziehungen gefährden.

Zum Schluss: Die Weiterführung der Integration ist gegenwärtig von so vielen Fragezeichen umgeben, dass sich keine Bilanz aufstellen lässt. Es ist nicht möglich, die künftige Entwicklung des gemeinsamen Marktes vorzusehen, mit oder ohne England, mit oder nach de Gaulle. Es ist deshalb auch nicht möglich, die Stellungnahme oder die Rolle der Schweiz festzulegen. Wir müssen abwarten.

Doch über unsere Aufgaben in dieser Wartezeit und über jené der Auslandschweizer im besonderen lässt sich einiges sagen. Es scheint mir wichtig, den grundsätzlichen Standpunkt unseres Landes bekannt zu machen. Insbesondere muss die Bedeutung der Neutralität für die Schweiz, aber auch für die übrige Welt dem Ausland erklärt werden. Und wer ist besser in der Lage, diese Aufgabe zu erfüllen als die Auslandschweizer. Neben ihrer wirtschaftlichen Tätigkeit als Pioniere der Schweiz ist diese Informations- und Aufklärungsarbeit ein wichtiger Beitrag zur Selbstbehauptung der Schweiz.

Die Heimat wird Ihnen dankbar sein, wenn Sie sich dieser Aufgabe annehmen.